

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Ausschuss für Jugend, Umwelt, Kultur, Sport und Soziales
Sitzungsnummer	AJUKSS/021/2019 Öffentliche Sitzung
Sitzungsdatum	Montag, 18.03.2019
Sitzungsbeginn	19:00 Uhr
Sitzungsende	20:20 Uhr
Sitzungsort	Stadthalle, Saal 3

Teilnehmerliste

Vorsitzende

Frau Petra Ludwig

CDU-Fraktion

Frau Ulla Merz

Herr Jens Rosam

Herr Daniel Zerbe

(für Frau Verena Nast)

(für Frau Britta Uhle)

SPD-Fraktion

Herr Dr. Rainer Dambeck

Herr Sven Hölzel

Frau Sieglinde Kilb

FWG-Fraktion

Herr Werner Frank

Frau Karin Gänßler

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Carsten Enge

Herr Martin Stappel

FDP-Fraktion

Herr Christian Ehrentraut

Vertreter des Magistrats

Herr Christian Herfurth

Mitglieder der Verwaltung

Herr Jörg Jansen

bis TOP 6

Schriftführerin

Frau Sabine Fritz

Tagesordnung

1		Genehmigung der letzten Niederschrift
2	239/2018	Prüfantrag der CDU-Fraktion betr. Städtepartnerschaft mit einer Stadt in Israel
3	242/2018	Antrag der FDP-Fraktion betr. Dauerhafte Aufnahme und Ausgestaltung einer Position "Gesundheitsförderung/Gesundheitsmanagement" in den Haushalt der Stadt Idstein
4	213/2018	Neugestaltung der Trägerverträge auf der Grundlage der gesetzlichen Vorgaben Trägervertrag zwischen der Stadt Idstein und dem Träger der AWO Kindertagesstätte „Die Stube“
5	037/2019	Interimslösung zur Betreuung der Kinder bis zur Fertigstellung der neuen Kindertagesstätte „Seelbacher Straße/Gisselweg“, gemäß des Stadtverordnetenbeschlusses vom 21. Juni 2018 zur Ziffer 4b der Drucksache-Nr.: 097/2018 Hier: Trägervertrag während der Interimsphase zwischen der Stadt Idstein und dem Träger der AWO Kindertagesstätte „Marie Juchacz„
6	019/2019	Antrag der SPD-Fraktion betr. Erarbeitung eines kommunalen Konzepts zur Vermeidung von Schäden durch Oberflächenabfluss von forst- und landwirtschaftlich genutzten Flächen im Gebiet der Stadt Idstein
7	020/2019	Antrag der SPD-Fraktion betr. Machbarkeitsstudie "Biosphärenregion im Gebiet der Landkreise Rheingau-Taunus, Main-Taunus und der Stadt Wiesbaden"
8		Mitteilungen des Magistrats
9		Verschiedenes

Die Vorsitzende, Stadtverordnete Ludwig, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zum Tagesordnungspunkt 3, Antrag der FDP-Fraktion betr. Dauerhafte Aufnahme und Ausgestaltung einer Position "Gesundheitsförderung/Gesundheitsmanagement" in dem Haushalt der Stadt Idstein (Drucksache-Nr. 242/2018), wurde ein Änderungsantrag des Stadtverordneten Andreas Ott verteilt.

Stadtverordneter Enge fragt, warum die Präsentation der Aktualisierung und Fortschreibung des integrierten Klimaschutzkonzeptes nicht auf der Tagesordnung des Ausschusses steht, sondern nur im Bau- und Planungsausschuss behandelt wird. Bürgermeister Herfurth erläutert, dass es hierbei inhaltlich im Schwerpunkt um Gebäudethemen geht und daher wahrscheinlich die Festlegung so getroffen wurde. Stadtverordneter Dr. Dambeck bittet zukünftig solche Themen auf die Tagesordnung beider Ausschüsse zu nehmen. Stadtverordneter Stappel schlägt vor, dass auch bei Bedarf die Ausschüsse zu übergreifenden Themen gemeinsam tagen könnten.

Gegen die Tagesordnung bestehen ansonsten keine Bedenken.

Protokollierung

1	Genehmigung der letzten Niederschrift
---	--

Bemerkungen:

Stadtverordneter Frank verweist auf seine bereits schriftlich formulierte Korrektur des Protokolls der letzten Sitzung zum Tagesordnungspunkt 5, Übertrag der CDU-Fraktion betr. Städtepartnerschaft mit einer Stadt in Israel (Drucksache-Nr. 239/2018), und bittet um folgende Korrektur:

Stadtverordneter Frank hält derzeit nichts von einer Städtepartnerschaft mit einer israelischen Stadt. Möglich wäre die Prüfung, ob Institutionen im Bereich der Stadt Idstein, auf eigene Kosten, Interesse haben. Er hält es für besser, eine Kontaktaufnahme zu jüdischen Vereinigungen in unserer Nähe in Deutschland anzustreben.

Beschluss:

Die Niederschrift über die 20. öffentliche Sitzung des Ausschusses Jugend, Umwelt, Kultur, Sport und Soziales vom 4. Februar 2019 wird genehmigt.

2	239/2018	Prüfantrag der CDU-Fraktion betr. Städtepartnerschaft mit einer Stadt in Israel
---	----------	--

Bemerkungen:

Bürgermeister Herfurth erläutert, dass auf der Internetseite des Rates der Gemeinden und Regionen Europas derzeit lediglich eine Gemeinde in Israel gemeldet ist, die eine Partnerschaft mit einer deutschen Gemeinde sucht. Des Weiteren hat die Verwaltung den Hessischen Städtetag angeschrieben, von dort liegt jedoch derzeit noch keine Antwort vor. Sobald eine Rückmeldung erfolgt ist, wird der Ausschuss entsprechend informiert. Auch wurden in Idstein Schulen, Kirchen und Vereine angeschrieben. Von dort wurde jedoch kein Interesse an einer israelischen Partnerschaft bekundet, allerdings will man in jeder Hinsicht den Friedensprozess im Nahen Osten unterstützen.

Ergänzend zu den Fragen des Antrages ist festzuhalten, dass die Stadt Idstein bereits vier Städtepartnerschaften besitzt. Gerade die Freundeskreise Idstein/Sile e. V. und Uglitsch e. V. wünschen sich von der Stadt Idstein mehr Unterstützung. Hierzu erläutert Bürgermeister Herfurth, dass dies derzeit aus finanziellen und personellen Gründen allerdings nicht möglich ist. Die Stellungnahme der Verwaltung wird als Anlage dem Protokoll beigelegt.

Stadtverordneter Frank erklärt, dass aus seiner Sicht eine Städtepartnerschaft nicht als Mittel angesehen werden kann um dem steigenden Antisemitismus entgegen zu wirken. Stadtverordneter Ehrentraut fragt, ob mit dem Prüfantrag denn das Ziel einer üblichen Städtepartnerschaft verfolgt wird. Dies wird bejaht.

Beschluss:

Der Prüfantrag der CDU-Fraktion betr. Städtepartnerschaft mit einer Stadt in Israel wird für erledigt erklärt.

Tagesordnung II

3	242/2018	Antrag der FDP-Fraktion betr. Dauerhafte Aufnahme und Ausgestaltung einer Position "Gesundheitsförderung/Gesundheitsmanagement" in den Haushalt der Stadt Idstein
---	----------	--

Bemerkungen:

Stadtverordneter Ehrentraut teilt mit, dass es im Vorfeld der Sitzung Kontakt zu Herrn Ott gegeben hat und eine Abstimmung hinsichtlich des vorliegenden Änderungsantrages erfolgte.

Stadtverordneter Frank stellt den Änderungsantrag in der vorliegenden Fassung und bittet diesen abzustimmen.

Da nicht zu allen Punkten des Änderungsantrages entsprechende Informationen vorliegen, schlägt Stadtverordneter Enge vor, den Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung des Ausschusses zu vertagen.

Nach erfolgter Diskussion besteht Einvernehmen, dass der Antrag nicht vertagt wird, sondern der letzte Satz des Punktes 2 "Dabei sind Maßnahmen in allen Settingbereichen zu prüfen" gestrichen wird.

Bürgermeister Herfurth verliest eine erste Liste der Personengruppen, die der Expertenrunde angehören könnten. Hierzu ergänzt Stadtverordneter Stappel die Bereiche Therapeuten und Pflege.

Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Idstein wird gebeten, folgende Maßnahmen auf Durchführbarkeit zu prüfen:

1. Im Haushaltsplan der Stadt Idstein wird ab dem Haushaltsjahr 2020 eine Position „Gesundheitsförderung/Gesundheitsmanagement“ eingerichtet (beinhaltet auch das Budget für das „Gesunde Städte Netzwerk“). Dabei ist auch zu prüfen, ob ein bestimmter Personalstellenanteil erforderlich ist.
2. Für die inhaltliche Ausgestaltung der Position wird zeitnah eine Expertenrunde einberufen (max. 10 Personen), die sich z. B. aus Gesundheitsfachleuten und Gesundheitsdienstleister, Beauftragten des betrieblichen Gesundheitsmanagements der örtlichen Betriebe und Unternehmen, der Hochschule Fresenius und Bürgervertretern zusammensetzt. Diese Expertenrunde schlägt den städtischen Gremien einen Maßnahmenplan (Prioritätenliste) innerhalb eines Gesundheitsförderplanes der Stadt Idstein vor und schätzt die dafür notwendigen Ressourcen ab.
3. Auf der Grundlage der Expertenvorschläge aus Punkt 2 entscheiden die zuständigen Gremien über die Durchführung der Vorschläge und stellen einen entsprechenden Betrag in die jährliche Haushaltsplanung ein. Dieser Betrag sollte prozentual am Gesamthaushalt orientiert und als wiederkehrende Größe im Haushalt ausgewiesen sein.
4. Welche Maßnahmen ergeben sich aus dem Versorgungsgutachten des Rheingau-Taunus-Kreises und welche Interkommunalen Synergieeffekte sind hierbei möglich?
5. Welche Maßnahmen leiten sich aus dem Zukunftsbild 2035 zum Thema Gesundheit als Querschnittsthema ab (z. B. in Bezug auf Wohnen, Natur, Umwelt und Verkehr)?

Abstimmungsergebnis:
einstimmig zugestimmt

Ja: 11 Nein: 0 Enthaltung: 1

Tagesordnung II

4	213/2018	Neugestaltung der Trägerverträge auf der Grundlage der gesetzlichen Vorgaben Trägervertrag zwischen der Stadt Idstein und dem Träger der AWO Kindertagesstätte „Die Stube“
---	----------	---

Bemerkungen:

Stadtverordneter Ehrentraut fragt, ob denn ein Vergleich mit den Nachbargemeinden erfolgt ist. Hierzu erläutert Herr Jansen, dass dies in der Vergangenheit z. B. mit der Stadt Taunusstein erfolgt ist. Im Ergebnis ist jedoch festzuhalten, dass dort eine andere Zuschussstruktur gegeben ist und es auch erhebliche Unterschiede in den Betreuungskonzepten sowie den Qualitätsstandards gibt, sodass die Vergleichbarkeit nur über Zahlen möglich wäre. Bürgermeister Herfurth erinnert an die Arbeitsgruppe und deren Ergebnisse, die die entsprechende Vorarbeit für die nun abgeschlossenen neuen Trägerverträge darstellten. Dort wurde unter anderem vereinbart, dass die Qualitätsstandards erhalten bleiben sollen.

Stadtverordneter Ehrentraut erklärt, dass auch er keine Veränderung der Qualitätsstandards wünscht, sondern eher andere Ansätze im Wege der Kooperation z. B. zum Thema Krankenstand in den Kita´s sieht.

Beschluss:

1. Der Ratifizierung des Musterträgervertrages zwischen der Stadt Idstein und dem Träger „AWO Rheingau-Taunus Soziale Arbeit gGmbH“ der AWO Kindertagesstätte „Die Stube“ wird zugestimmt.
2. Der Trägervertrag gilt mit Wirkung vom 01.01.2019 bis 31.12.2024. Er verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern er nicht von einem der Vertragspartner mit einer Frist von zwölf Monaten zum 31. Dezember schriftlich gekündigt wird.
3. Der Zuschussbedarf auf der Grundlage des Mustervertrages „Kindertagesstättenbetriebsvertrag“ für das Haushaltsjahr 2019 beträgt insgesamt 405.000,00 €.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 12 Nein: 0 Enthaltung: 0

Tagesordnung II

5	037/2019	Interimslösung zur Betreuung der Kinder bis zur Fertigstellung der neuen Kindertagesstätte „Seelbacher Straße/Gisselweg“, gemäß des Stadtverordnetenbeschlusses vom 21. Juni 2018 zur Ziffer 4b der Drucksache-Nr.: 097/2018 Hier: Trägervertrag während der Interimsphase zwischen der Stadt Idstein und dem Träger der AWO Kindertagesstätte „Marie Juchacz,,
---	----------	--

Bemerkungen:

Stadtverordneter Frank fragt, warum der Vertrag zum 1. Januar 2019 abgeschlossen wird. Bürgermeister Herfurth erläutert, dass zu Jahresbeginn bereits Kosten entstanden sind unter anderem für die Einrichtung einer vorläufigen Gruppe in der Kita „Die Stube“. Herr Jansen ergänzt, dass es sich hierbei im Wesentlichen um Personalkosten sowie die Infrastrukturmaßnahmen für die Aufstellung und den Anschluss der Container handelt.

Die erste Gruppe ist derzeit mit ca. 25 Kinder belegt und damit werden auch die Kosten steigen. Insgesamt können 112 Kinder betreut werden, auch in der Interimslösung.

Stadtverordneter Stappel fragt, wann die Vollausslastung der Kita erreicht werden wird. Herr Jansen erläutert, dass nach den derzeitigen Planungen bis zum Sommer ca. 80 - 85 Kinder betreut werden sollen und mit einer Vollausslastung bis zum Jahresende gerechnet wird. Dies ist jedoch auch abhängig von der Verfügbarkeit des Fachpersonals.

Beschluss:

1. Der Unterzeichnung des Musterträgervertrages zwischen der Stadt Idstein und dem Träger „AWO Rheingau-Taunus Soziale Arbeit gGmbH“ der AWO Kindertagesstätte „Marie Juchacz“ wird zugestimmt.
2. Der Trägervertrag für den Betrieb der Interimskita gilt mit Wirkung vom 01.01.2019 bis 31.12.2019. Er verlängert sich einmalig um ein Jahr, sofern die Stadt Idstein dies dem Träger bis zum 31.10.2019 schriftlich mitteilt (Verlängerungsoption).
3. Der Finanzierungsbeitrag der Stadt Idstein ist auf der Grundlage des finalen Angebotes vom 19. April 2018 des Trägers, im Rahmen des Interessensbekundungsverfahrens, auf einen Betrag von € 4.800 pro Kind und Jahr („Förderbetrag pro Kind“) beschränkt.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig zugestimmt

Ja: 12 Nein: 0 Enthaltung: 0

Tagesordnung II

6	019/2019	Antrag der SPD-Fraktion betr. Erarbeitung eines kommunalen Konzepts zur Vermeidung von Schäden durch Oberflächenabfluss von forst- und landwirtschaftlich genutzten Flächen im Gebiet der Stadt Idstein
---	----------	--

Bemerkungen:

Stadtverordneter Dr. Dambeck erläutert den vorliegenden Antrag und verweist auch auf die, insbesondere in den östlichen Stadtteilen, in den letzten Jahren entstandenen Schäden durch Oberflächenwasser. Experten und Fachpublikationen haben sich schon intensiv mit der zukünftigen Entwicklung beschäftigt und dies sollte auch auf kommunaler Ebene geprüft werden.

Stadtverordnete Gänßler fragt, ob Maßnahmen von Grün- und Blühstreifen nicht auch an den Wegerändern möglich sind um die Situation verbessern zu können. Stadtverordneter Stappel verweist auf die besondere Situation in der Forstwirtschaft und fragt, ob dort überhaupt Maßnahmen möglich sind. Stadtverordneter Dr. Dambeck erläutert, dass auch im Wald im unbelaubten Zustand große Wassermengen entstehen und es zum Teil schon Maßnahmen gibt, jedoch auch hier Handlungsbedarf besteht. Stadtverordneter Rosam erklärt, dass es Gespräche mit den Ortslandwirten gegeben hat, und dort wenig Notwendigkeit gesehen wurde. Er bittet den Punkt 4 des Antrages getrennt abzustimmen, da zunächst das Prüfergebnis der Verwaltung vorliegen sollte.

Stadtverordneter Dr. Dambeck berichtet über die Gespräche mit den Landwirten in Idstein-Nieder-Oberrod, die massiv betroffen waren. Bei der derzeitigen Saataufkeimung sind die Schäden sehr gut erkennbar. Die ökonomischen Auswirkungen sind derzeit allerdings noch nicht abschätzbar. Daher empfiehlt er im größeren Rahmen die Lage zu betrachten und anzugehen. Stadtverordneter Frank plädiert auch dafür, zunächst die Ergebnisse des Prüfantrages abzuwarten. Bürgermeister Herfurth verweist auf den in Vorbereitung befindlichen Generalentwässerungsplan im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes IDSTEIN 2035.

Stadtverordneter Stappel empfiehlt nicht nur die landwirtschaftlichen Flächen zu betrachten sondern auch die Wegeparzellen zu berücksichtigen.

Die Stellungnahme der Verwaltung wird als Anlage dem Protokoll beigelegt.

Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Idstein wird beauftragt, zusammen mit der Verwaltung ein kommunales Konzept zur Vermeidung von Schäden durch Oberflächenabfluss von forstwirtschaftlich und landwirtschaftlich genutzten Flächen im Gebiet der Stadt Idstein zu erarbeiten. Der Magistrat wird zu diesem Zweck gebeten, die folgenden Schritte umzusetzen:

1. Ermittlung von Schadensereignissen durch Oberflächenabfluss, die in den letzten Jahren im Stadtgebiet aufgetreten sind. Datenerhebung durch Befragung auf lokaler Ebene (Ortsbeiräte, Ortslandwirte, Forstbehörden, Grundstückseigentümer etc.).
2. Sachstandsanalyse auf Grundlage der gewonnenen Daten.
3. Berichterstattung und Beratung der Ergebnisse unter Einbeziehung fachkundiger Akteure (z.B. KAUN, HessenForst, Ortsbeiräte) und der zuständigen städtischen Fachabteilungen.
5. Berichterstattung an die Stadtverordnetenversammlung über die umgesetzten Maßnahmen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig zugestimmt

Ja: 12 Nein: 0 Enthaltung: 0

Beschluss zu Punkt 4 des Antrages (Drucksache-Nr. 019/2019):

4. Erarbeitung eines kommunalen Maßnahmenkataloges (Konzept), ggf. im Rahmen eines zu beauftragenden externen Fachgutachtens, zur Vermeidung von Schäden durch Oberflächenabfluss von forstwirtschaftlich und landwirtschaftlich genutzten Flächen.

Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich zugestimmt

Ja: 6 Nein: 5 Enthaltung: 1

Tagesordnung II

7	020/2019	Antrag der SPD-Fraktion betr. Machbarkeitsstudie "Biosphärenregion im Gebiet der Landkreise Rheingau-Taunus, Main-Taunus und der Stadt Wiesbaden"
---	----------	---

Bemerkungen:

Stadtverordneter Dr. Dambeck begründet den Antrag und berichtet über die derzeit laufenden Vorbereitungen zum Thema Biosphärenregion. Sollte es zu einer Ausweisung einer Biosphärenregion im Gebiet der Landkreise Rheingau-Taunus, Main-Taunus und der Stadt Wiesbaden kommen, wäre das die erste in einer Metropolregion. Er hält es für äußerst wichtig, dass die Kommunen im Vorfeld der Studie beteiligt werden und sieht hier Informationsbedarf.

Bürgermeister Herfurth berichtet über die am 22. Januar 2019 stattgefundenen Informationsveranstaltung für die Bürgermeister/innen. Dort wurde über die nächsten Schritte der Machbarkeitsstudie berichtet. Auch war das Thema schon auf der Tagesordnung der Bürgermeisterdienstversammlung des Rheingau-Taunus-Kreises. Die Bürgermeister Kohl und Diefenbach wurden zu Stellvertreter für die Kommunen gewählt. Nach dem Vorliegen der Studie wird eine Stellungnahme für die Gremien vorbereitet. Nach Auskunft des hessischen Umweltministeriums sind zwei Veranstaltungen für Mandatsträger geplant.

Die erste Veranstaltung ist für Mai 2019 vorgesehen und die zweite nach Fertigstellung der Machbarkeitsstudie im Herbst 2019. Stadtverordneter Stappel weist auf die heutige Informationsveranstaltung des BUND im Hotel Felsenkeller hin.

Die Stellungnahme der Verwaltung wird als Anlage dem Protokoll beigelegt.

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

Tagesordnung II

8	Mitteilungen des Magistrats
---	------------------------------------

Bemerkungen:

Bürgermeister Herfurth berichtet über die Sitzung der Kalmenhof-Kommission am vergangenen Mittwoch und weist auf die öffentliche Veranstaltung am 1. April 2019, 19:00 Uhr, im Sternensaal des Kalmenhofs hin. Hier werden beide Historiker referieren und die Ergebnisse vorstellen. Weiterhin soll es an diesem Abend Vorschläge zur weiteren Vorgehensweise geben.

Zwischenzeitlich hatte die Verwaltung Kontakt zum Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, der allerdings seit Jahren keine Grabungen mehr durchgeführt hat. Im Idsteiner Fall wurde die Nutzung eines Geo-Radar-Verfahrens vorgeschlagen. Die weiteren Schritte werden nun mit Herrn Dag, Vitos Teilhabe Rheingau, abgestimmt.

9	Verschiedenes
---	----------------------

Bemerkungen:

Stadtverordneter Enge fragt nach der geplanten Vorstellung des Landschaftspflegeverbandes im Ausschuss. Vorsitzende Ludwig antwortet, dass bisher noch kein Termin abgestimmt werden konnte.

Petra Ludwig
Vorsitzende

Sabine Fritz
Schriftführer